



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 23/2012 Kiel, 17. April 2012

Bettensteuer

FDP-Ratsfraktion lehnt Bettensteuer ab

In der Diskussion um die Bettensteuer, die während der gestrigen Podiumsdiskussion in der Pumpe erneut angeschoben wurde, unterstreicht die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke, die ablehnende Haltung ihrer Fraktion und erklärt:

„Dass sich SPD und Grüne oft nicht einig sind, ist ja bekanntlich nichts Neues in der Kieler Kommunalpolitik. Die Differenzen zwischen SPD-Ratsfraktion und SPD-Kreisverband, die erneut beim Thema *Bettensteuer* zu Tage treten, haben darüber hinaus schon eine besondere Qualität. An dieser Stelle sei für eine ausgewogenere Meinungsbildung wiederholt auf Folgendes hingewiesen:

Die Bettensteuer ist rechtlich problematisch, denn sie ist - anders als eine Kurabgabe - nicht zweckgebunden, ihre Einnahmen dienen allein dazu, kommunale Haushaltslöcher zu stopfen. Die Bettensteuer bekommt damit den Charakter einer Umsatzsteuer und dafür fehlt den Kommunen die rechtliche Grundlage.

Die Bettensteuer ist wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, da sie zu rückläufigen Übernachtungszahlen führen wird, was die Beispiele Kölns und Duisburg zeigen. Die sinkenden Übernachtungszahlen werden die Einnahmen in komplementären Wirtschaftssektoren wie Gastronomie, Kultur und Unterhaltung verringern.

Die Bettensteuer ist finanzpolitisch ein Verlustgeschäft, denn nach Berechnungen von Kiel Marketing würde die Bettensteuer maximal 500.000 Euro einbringen, während dem ein erheblicher Verwaltungsaufwand entgegensteht. Außerdem muss durch den Rückgang der Übernachtungen um 15% und um damit ca. 35.000 Gäste mit einem Umsatzrückgang um 3,5 Millionen Euro gerechnet werden, da jeder Gast durchschnittlich ca. 100 Euro in Kiel ausgibt. Die erwarteten Mehreinnahmen werden also durch die Verwaltungsausgaben und die Verlagerung der Übernachtungen auf das Umland mehr als kompensiert.

Insofern wäre die Einführung der Bettensteuer ein Minusgeschäft. In der Gesamtbetrachtung trägt diese Steuer daher nicht dazu bei, Mehreinnahmen für die Kulturförderung zu erzielen. Dies sollten Herr Fischer und im Übrigen auch die Linken im Kieler Rat erkennen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer